

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 51 (1971-1972)

Heft: 9: Wer informiert wen worüber zu welchem Zweck?

Rubrik: Kommentar

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommentar

WAS BRINGT DIE NÄCHSTE LEGISLATORPERIODE ?

Gesucht: Straffheit und Zielbewusstheit

Die Erneuerungswahlen 1971 bieten vielseitige Aspekte und mannigfache Ansatzpunkte für Kommentare und Folgerungen. Für die politischen Parteien, die im Bundesrat vertreten sind und beabsichtigen, weiterhin darin zu verbleiben, drängt sich meines Erachtens eine einzige sichere Konsequenz auf: dass nämlich die Regierungspolitik in den kommenden vier Jahren straffer und zielbewusster geführt werden muss.

Der Schweizer hat, wie seine Geschichte fast auf jeder Seite zeigt, ein ironisch-distanziertes, gelegentlich sogar feindseliges Verhältnis zu seinen gewählten Behörden. Die Politik des Kleinstaates kennt wenig Aufschwünge und Spannungen. Aufregendes und Dynamisches geschieht in der Wirtschaft, nicht in der Politik. Die Aufteilung des ohnehin kleinen Staatsgebietes in 25 politische Räume – in der Regel zum Vorteil des Ganzen – setzt den Wandlungen weitere Grenzen. Das Resultat ist latentes Misstrauen und häufige Verdrossenheit, die allerdings, wie auch diesmal wieder, regelmässig ihre realen Ursachen in Fehlern und Unterlassungen der Regierungs und Parlamentspolitik finden.

Umso nötiger, dass das, was vor sich geht, gut, weitsichtig und über-

zeugend dargelegt wird. Die Richtlinien der Regierungspolitik des Bundesrates könnten ein Hilfsmittel dazu sein. Was immer in den sogenannten «Koalitionsgesprächen» zur Diskussion stehen mag, der wesentliche Inhalt des Programmes ist seit langem bekannt, weil er in Notwendigkeiten begründet liegt. Nur die Reihenfolge und die Lösungsmöglichkeiten können kontrovers sein. Das neue Programm, das im März 1972 vorzulegen sein wird, sollte anders strukturiert sein als dasjenige von 1968. Das departementale Denken sollte völlig zurückgedrängt, und es sollte einzig darauf abgestellt werden, wieviel Regierungsenergie und wieviele finanziellen und personellen Mittel man in die einzelnen Sparten investieren will. So betrachtet ergibt sich eine natürliche Dreiteilung des Programmes.

Dringliches

In einem *ersten Paket* sind die Aufgaben zu nennen, die neu sind und denen erste Dringlichkeit zukommt. Es rechtfertigt sich, diese Gegenstände gesondert aufzuführen, weil es besonderer Anstrengungen bedarf, soll ein politisches Thema, das sowohl neu als auch dringlich ist, zeitgerecht bewältigt werden.

Ich zähle dazu – unter striktem Ausschluss aller andern möglichen The-

men – die Raumplanung, die Wohnbaugesetzgebung, den Umweltschutz, das Gesamtverkehrswesen und die Konjunkturpolitik. Allen fünf Gegenständen ist gemeinsam, dass die Konzeptionen rechtsverbindlich noch nicht beschlossen sind. Diese Rechtsverbindlichkeit herbeizuführen wird die eigentliche politische Leistung der kommenden vier Jahre sein, wobei zur Rechtsverbindlichkeit selbstredend auch der Vollzug gehört. Mehr und mehr stehen wir ja unter dem Eindruck, dass zwar Gesetze in Fülle und zumeist verspätet entstehen, dass sie sich aber auf die gesellschaftliche und wirtschaftliche Wirklichkeit erst nach langer Zeit auswirken, dass sich die Verhältnisse inzwischen geändert haben, und dass das Recht den Bedürfnissen nicht mehr gerecht wird. Weniger, aber rechtzeitig erlassene und konsequent durchgeführte Gesetze: das sollte der neuen Regierung eine Richtlinie sein.

Zu Vertiefendes

In einem *zweiten Paket* sind jene Gegenstände aufzuführen, die die politische Schmiede passiert haben und die dorthin zur Verbesserung und Erweiterung zurückgenommen werden, handle es sich um die 8. AHV-Revision, um die Revision des Kranken- und Unfallversicherungswesens, um die Hochschulpolitik oder um die Steuerharmonisierung. Vieles davon liegt in Botschaften vor oder ist angekündigt, und das meiste ist nicht von einem Schwierigkeitsgrad, dass eine Regierung dar-

über stolpern könnte. Dass Volksbegehren, etwa über die Arbeitszeit oder über die AHV, abzulehnen sind, soweit sie von den vereinbarten Konzepten abweichen, muss ein unabdingbarer Bestandteil eines Koalitionsvertrages sein.

Institutionelle Änderungen

In einem *dritten Paket* sind jene Postulate zu plazieren, die auf institutionelle Änderungen ausgehen, beispielsweise die Verankerung der politischen Parteien in der Verfassung und ihre Finanzierung durch den Staat, oder das, was als kleine Staats- und Verwaltungsreform bezeichnet werden kann und im Bericht der Kommission Huber niedergelegt ist, aber auch die ganzen Vorgänge um die Neugruppierung von EFTA und Ewg oder den Beitritt zur UNO.

Ein Regierungsprogramm, das in die Form eines Agreements der beteiligten Parteien gekleidet wird, bedeutet, dass die Fraktionen und die Regierung in der kommenden Legislaturperiode gewillt sind, die gesteckten Ziele zu erreichen. Gelingt ihnen das im Parlament oder in der Volksabstimmung nicht, so sind sie salviert, weil das eine in Kauf zu nehmende Folge unserer direkten Demokratie ist. Es genügt, dass eine Regierungsequipe da ist, die mit Ausdauer und Geschick die heute langfristig erkennbaren und im Lichte der Wahlkampagne und der Wahlergebnisse relevanten Aufgaben anpackt.

Leo Schürmann

DIPLOMATISCH-POLITISCHE AKTIVITÄT IN OST UND WEST

Die brüskie Kehrtwendung in Amerikas Chinapolitik, die sich in der Ankündigung von Nixons Reise nach Peking im vergangenen Sommer abzeichnete, hat – so sehr sie erst langfristig die internationale Politik beeinflussen wird – doch bereits ihre unmittelbaren Auswirkungen gehabt. Die Sowjetunion, aus Furcht, in einer neuen Mächtekonstellation isoliert zu werden, entfaltete in den vergangenen Wochen eine bemerkenswerte aussenpolitische und diplomatische Aktivität, die in spektakulären Auslandreisen der drei obersten Führer des in Moskau herrschenden Kollektivs gipfelte. In den Vereinten Nationen wurde ein Schlussstrich unter die seit Jahren geführte Chinadebatte gezogen und Peking, unter gleichzeitigem Ausschluss Taiwans, in die Weltorganisation aufgenommen. Zumindest indirekt gehört in diesen Zusammenhang auch die Intensivierung der Integrationsbestrebungen in Westeuropa, die mit dem positiven Entscheid des Unterhauses über den Beitritt Grossbritanniens zur Ewg und dem Plan eines europäischen Gipfeltreffens in eine neue Phase getreten sind.

Das Abkommen über Berlin

Erstes konkretes Ergebnis dieses Umschichtungsprozesses ist das am 3. September unterzeichnete Viermächteabkommen über Berlin. Formal ist die Vereinbarung zweifellos ein Erfolg der zähen und geduldigen Verhandlungstaktik der Westmächte, die damit er-

reicht haben, dass Moskau die Bindungen (oder Verbindungen) Westberlins zur Bundesrepublik ausdrücklich anerkannte. Auf der andern Seite hat die Sowjetunion mit Unterzeichnung dieses Abkommens keinerlei substantielle Konzessionen gemacht, sondern lediglich den in den vergangenen fünfundzwanzig Jahren in Berlin entstandenen *Status quo* bestätigt, und selbst dafür hat der Kreml noch einige Zugeständnisse des Westens erhalten in Form einer Reduktion der Bundespräsenz in Westberlin und der Errichtung eines sowjetischen Generalkonsulates. Es wird nun darauf ankommen, wie der mit dem Viermächtevertrag geschaffene Rahmen durch die gegenwärtig geführten innerdeutschen Verhandlungen ausgefüllt wird und wie die Vereinbarung in der Praxis schliesslich funktioniert. Auch wenn man unterstellt, dass das Abkommen vom 3. September bei den DDR-Machthabern keine allzu grosse Begeisterung ausgelöst hat, so dürfte deren Bewegungsfreiheit kaum so gross sein, dass sie es sich erlauben könnten, gegen den Willen Moskaus die Verhandlungen mit Bonn scheitern zu lassen oder auch nur unnötig lange zu verzögern.

Die Motive, welche die Sowjetunion veranlasst haben, ihre Zustimmung zu einer Berlin-Übereinkunft zu geben, dürften – neben der Berücksichtigung der weltpolitischen Imponderabilien – auch von innenpolitischen Überlegungen mitbestimmt worden sein. Die ersten Anzeichen für ein Schwenken Moskaus in der Berlinfrage datieren

vom April dieses Jahres, also aus der Zeit unmittelbar nach dem 24. Parteitag der KPDSU. Es ist kaum anzunehmen, dass die weitgesteckten wirtschaftlichen Ziele, die sich das sowjetische Regime im neuen Fünfjahrplan gesetzt hat, aus eigener Kraft erreicht werden können. Die Sowjetunion wird, wenn sie die in Aussicht gestellte Erhöhung der Konsumgüterproduktion bei gleichzeitiger Hebung des Qualitätsniveaus tatsächlich verwirklichen will, mehr denn je auf Unterstützung durch hochindustrialisierte Nationen des Westens angewiesen sein. Ein Abbau der Spannungen gegenüber Westeuropa und den Vereinigten Staaten drängt sich deshalb auch aus dieser Perspektive auf.

Wettkampf nach Moskau

Für die Machthaber des Kreml wird das Spiel dadurch erleichtert, dass ihnen im Westen kein monolithischer Block gegenübersteht. Nach wie vor sind die Desintegrationstendenzen innerhalb der NATO stark: Frankreich hat sich noch immer nicht zur Militärorganisation zurückgefunden, die es 1966 verlassen hat; die Bundesrepublik, einst treuestes Mitglied der Allianz, wird durch die Ostpolitik Bonns fast zwangsläufig in ein lockeres Verhältnis zu ihren westlichen Bündnispartnern gedrängt; aber auch in den USA selbst mehren sich die Stimmen, die auf eine Verminderung des Engagements in Westeuropa dringen und eine Reduzierung der Truppenstärke verlangen.

Moskau hat sich diese westliche Zwiespältigkeit zunutze gemacht und sucht durch bilaterale Kontakte mit

den einzelnen westlichen Ländern aus einer Position der Stärke heraus zu verhandeln. Die Überlegung, dadurch zwischen den Gesprächspartnern der Gegenseite eine Art Wettkampf zu entfachen, in der alte Ressentiments ebenso eine Rolle spielen wie Konkurrenzneid, ist von der Sowjetunion bewusst ins eigene Kalkül eingesetzt worden.

Bis jetzt zumindest hat sich diese Taktik für die Sowjets als recht vielversprechend erwiesen. Unmittelbar nach Abschluss des Berlinabkommens ist es ihnen gelungen, Bundeskanzler Brandt nach der Krim einzuladen und dort ein Treffen zu arrangieren, das die Assoziationen zu Rapallo dem Beobachter geradezu aufdrängte. Auch wenn die Resultate des Treffens zwischen dem westdeutschen Regierungschef und dem sowjetischen Parteiführer Brezhnev keineswegs spektakulär waren, so ist durch diese Zusammenkunft doch ein Klima geschaffen worden, das eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion als möglich und – je nach der weiteren politischen Entwicklung – sogar wahrscheinlich erscheinen lässt.

Die französische Reaktion auf das deutsch-sowjetische *Tête-à-tête* auf der Krim war zwiespältig – umso mehr als Bonn sich darauf beschränkt hatte, Paris über die bevorstehende Reise Brandts nach der UdSSR zu informieren, ohne die im Bündnisvertrag von 1963 für einen solchen Fall vorgesehenen Konsultationen aufzunehmen. Brandt hat nachträglich versucht, den französischen Missmut auszuräumen, indem er Pompidou eine persönliche Aussprache vorschlug, die außerhalb der Reihe der üblichen deutsch-französischen Treffen stattfinden sollte.

Aber auch die Sowjetunion hat eine Geste gegenüber Frankreich gemacht: in Erwiderung des Besuches des französischen Präsidenten vom Herbst letzten Jahres in Moskau begab sich Parteichef Breschnew Ende Oktober nach Paris. Es handelte sich um die erste Reise Breschnews in ein westliches Land, seit er im Oktober 1964 die Nachfolge Chruschtschews an der Spitze der KPDSU angetreten hat, und es ist offensichtlich kein Zufall, dass gerade Frankreich diese Ehre zugefallen ist. Der Generalsekretär hat wie schon bei früheren Gelegenheiten auch dieses Mal mit Komplimenten an die Adresse des französischen Volkes – «unseres ältesten Verbündeten» – nicht gespart. Die Verbeugung von «Gloire et grandeur» war berechnend abgestimmt auf die Psyche des Gastgebers, und wenn der unmittelbare Erfolg nicht so spektakulär war, wie Breschnew es sich möglicherweise erhofft hatte, so trug der Frankreichbesuch des sowjetischen Generalsekretärs doch zweifellos dazu bei, die Wogen der Erregung, die in gewissen französischen Kreisen nach der Russlandreise Bundeskanzler Brandts entstanden waren, einigermaßen zu glätten und Frankreich zum Bewusstsein zu bringen, dass es im westeuropäischen Einzelwettlauf nach Moskau noch immer zu den Favoriten gehört.

Washingtons Chinapolitik und die UNO

Während die Sowjetunion unter dem Stichwort «Entspannung» das europäische Vorfeld aufzulockern sucht, hat Nixons neue Chinapolitik den USA in der Generalversammlung der Ver-

einigten Nationen einen aufsehenerregenden diplomatischen Rückschlag eingetragen. Es war klar, dass nach der Ankündigung, der amerikanische Präsident werde sich nächstes Frühjahr nach Peking begeben, das Nein der Vereinigten Staaten gegenüber einer Aufnahme der Volksrepublik China in die UNO nicht mehr aufrechterhalten werden konnte. Nach einem Zögern hat sich das Staatsdepartement zu dem Entschluss durchgerungen, die Mitgliedschaft von zwei China in der Weltorganisation zu befürworten. In der Praxis hätte das die weitere Ausschliessung Pekings bedeutet, da dieses von Anfang an seinen Alleinvertretungsanspruch angemeldet hatte.

Vor dem Plenum der Generalversammlung in New York hat die amerikanische Delegation mit wenig Überzeugung und mit geringem taktischem Geschick die Sache Washingtons vertreten. Das mag daran gelegen haben, dass die «Zwei-China-Theorie» selbst von ihren Erfindern nur halbherzig verfochten wurde. Der Verdacht war nicht von der Hand zu weisen, dass die Vereinigten Staaten lediglich ein taktisches Rückzugsgefecht lieferten, um ihr Gesicht gegenüber Taiwan zu wahren. Dass gerade in dem Augenblick, da die Generalversammlung ihren Entscheid zu fällen hatte, sich Nixons Berater Henry Kissinger in Peking aufhielt und dort mit Tschou En-lai Verhandlungen führte, wird bei mancher Delegation den Ausschlag gegeben haben, nicht im Sinne des amerikanischen Antrages zu votieren. So sahen sich denn die USA in der entscheidenden Vorabstimmung mit 59 gegen 55 Stimmen knapp in Minderheit versetzt. Damit war der Damm gebrochen; in der Schlussabstimmung hiess

die UNO-Generalversammlung die Aufnahme Pekings und den Ausschluss Taiwans mit 76 Ja gegen 35 Nein gut. Eine nach Jahren härtester Abwehr plötzlich schwankend gewordene Politik, kumulierte mit einer weitverbreiteten aufgestauten Verdrossenheit gegenüber den Vereinigten Staaten haben zu diesem Resultat geführt.

Nixons künftige Chinapolitik wird, trotz des momentanen Prestigeverlustes Washingtons, durch die Vorgänge am East River kaum berührt. Bedeutsamer ist es, dass der amerikanische Präsident sich entschlossen hat, nächstes Frühjahr nicht nur nach Peking, sondern auch nach Moskau zu reisen. Damit unterstreicht Nixon, dass er gewillt ist, dem neuen Chinakurs die schärfsten gegen die Sowjetunion gerichteten Spalten zu nehmen. Der Präsident trägt gleichzeitig der Tatsache Rechnung, dass die UDSSR nach wie vor die einzige Weltmacht ist, die sich im wirtschaftlichen wie militärischen Potential mit den Vereinigten Staaten messen und dass jede wirkliche Entspannung – sofern sie überhaupt erreichbar ist – letztlich nur in Arrangements zwischen Moskau und Washington gefunden werden kann.

Neue Impulse für Europa

Für Westeuropa stellt sich in der gegenwärtigen Phase der internationalen Politik mit dringender Notwendigkeit die Forderung nach Intensivierung der

Zusammenarbeit, wenn es nicht Gefahr laufen will, bei einer künftigen Lockerung der transatlantischen Bindungen immer stärker in den Sog der östlichen Supermacht zu geraten. Premierminister Heath hat anlässlich der 25-Jahr-Feier zur Erinnerung an Churchills Zürcher Rede die Forderung des französischen Präsidenten nach Einberufung einer westeuropäischen Gipfelkonferenz aufgenommen.

Der britische Regierungschef erscheint heute wie kaum ein zweiter legitimiert, als Sprecher für eine europäische Kooperation aufzutreten; er hat seinerzeit als Europaminister die ersten Verhandlungen über einen Anschluss Grossbritanniens an den Gemeinsamen Markt geführt, und als Premier erlebte er nun die Krönung dieser Politik in der denkwürdigen Abstimmung des britischen Unterhauses vom 28. Oktober, als das Parlament mit überwältigender Mehrheit den Beitritt zur EWG befürwortete. Ein erster wichtiger Schritt auf dem Wege zu einem grösseren und stärkeren Europa ist damit getan. Britischer Pragmatismus und Realitätssinn werden künftig auch auf die Weiterentwicklung der europäischen Gemeinschaft einwirken und ihr neue Impulse geben. Freilich wird Europa auch nach vollzogenem Beitritt Grossbritanniens noch weit davon entfernt sein, den ihm kraft seiner Bevölkerungszahl und seiner wirtschaftlichen Stärke zukommenden Platz in der Weltpolitik einzunehmen.

Alfred Cattani

ERWIN PISCATOR IN NEUEM LICHT

Piscator-Konferenz in Berlin

Mit dem Namen Erwin Piscator verbinden wir die Schrift «*Das politische Theater*», und auch wer sich in der Theatergeschichte einigermassen auskennt, wird aufs erste nicht viel mehr damit verknüpfen als die Anwendung einiger aufwendiger bühnentechnischer Mittel und eben ein politisches, also zeitgebundenes und vergängliches Theater. Was aber diese ganzen technischen Wiederentdeckungen, Erneuerungen und Erfindungen Piscators betrifft, so dürfte Heinar Kipphardt schwerlich widerlegt werden können, wenn er dazu feststellt: «Selten aber wird dabei begriffen, dass er alle diese Mittel nur erfand, um das Theater zu befähigen, die Wirklichkeit exakter, vollständiger und wahrhaftiger abzubilden, um dem Drama den Rang des unwiderlegbaren Dokuments zu geben.» Noch weniger wird gefragt – und dies wäre doch das Wichtigste, um die Erfahrungen für den heutigen Theaterbetrieb auszuwerten –, ob und wie weit denn dies alles gelungen sei. Nach Hitlers Machtergreifung emigrierte Piscator und kam schliesslich später wieder an die Volksbühne Berlin, wo er Autoren wie Hochhuth, Kipphardt und Peter Weiss zum Durchbruch verhalf. Ob dieses Bild nicht deutlicher gezeichnet werden und sich dabei bunter erweisen könnte? Diese Frage stellte Dr. Walther Huder im Rahmen einer Arbeitstagung der *Akademie der Künste in Berlin* (7. bis 10. Oktober); er wollte «den Test anregen, inwieweit die Ideen, Vorstellungen und Arbeiten Erwin Piscators für die weitere Bühnenpraxis relevant, ja frucht-

bar sein können.» Anlass zu dieser Tagung gab die Eröffnung des «Erwin Piscator Centers» an dieser Akademie und eine damit verbundene Ausstellung. Das «Center» konnte eingerichtet werden, weil die Akademie – nach Überwindung etlicher Schwierigkeiten, wozu auch ein Eingriff Dr. Peter Löfflers, damals Präsidialsekretär der Akademie, gehörte, der, wie man hört, Piscator offenbar für uninteressant hielt – konnte endlich der Nachlass Piscators von der Akademie übernommen werden. Einiges hat sich zwar in Ost-Berlin angesammelt und vieles blieb in Amerika – dennoch darf dieses «Center» als die wichtigste Forschungsstätte für das Theater Piscators angesehen werden, umso mehr als dort auch verschiedene andere Nachlässe aus dem Bereich des Berliner Theaters vereint sind.

Bevor wir über Einzelfragen berichten, sei kurz auf die Ausstellung verwiesen. Sie gab mit annähernd tausend Exponaten einen umfassenden Überblick zu Piscators Entwicklung und Tätigkeit, in einem reich illustrierten Katalog zusammengefasst. Der Vorschlag, die Ausstellung auch nach der Schweiz einzuladen, sei hiermit zum Ausdruck gebracht. Besonders ausschlussreich waren neben einigen Briefen und ähnlichen Zeitdokumenten vor allem auch die Rekonstruktionen von vier Aufführungsmodellen und ein erstmals auf Grund der Pläne gebautes Modell des bekannten Total-Theater-Entwurfs von Walter Gropius, bei dem sich Spieldiene und Zuschauerraum genau wie geplant bewegen liessen, wo-

durch sich Gropius' Idee der Austauschbarkeit von Zuschauerraum und Bühne anschaulich betrachten liess.

Als Piscators Buch «*Das politische Theater*» neu herausgegeben wurde, schrieb er in einem Nachwort kurz vor seinem Tod (30. März 1966), es habe sich «gerade in den letzten Jahren gezeigt, dass die allzu emotionelle Wertung künstlerischer Prozesse der zwanziger Jahre, zwischen unkritischer Glorifizierung und verständnisloser Polemik pendelnd, mehr und mehr einer objektiven Analyse weichen muss»¹. Inzwischen sind zwar durch die Publikationen von Rühle und Knellessen die Voraussetzungen zu einer solchen Analyse auf dem Gebiet des Theaters eher gegeben, aber es wäre übertrieben zu behaupten, das von Piscator genannte Pendel würde nicht mehr schwingen². Die Konferenz vermochte zweifellos die Fragen um die Bedeutung von Piscator und seinen Einfluss exakter zu stellen, als dies bisher geschah, sowie Anregungen zu ihrer Beantwortung zu geben.

Bereits in seinem Katalog-Beitrag «Traum und Arbeit des Erwin Piscator» hat Günther Rühle, der dann auch das Eröffnungsreferat hielt, eines der Hauptthemen formuliert, dessen Gültigkeit in den Gesprächen anerkannt und vertieft wurde: «Das deutsche Theater hat in diesem Jahrhundert zwei eigene Darstellungsverfahren hervorgebracht, das von Bertolt Brecht und das von Piscator. Doch Brecht ist Brecht geworden mit Piscators Hilfe; er hat es notiert. Und obwohl der Ruhm und die Wirkung von Brecht grösser wurden als die von Piscator, enthält nicht Brechts, sondern Piscators Theater noch immer die Offenheit, es fortzusetzen und zu vollenden.» Seinen Bericht über die

Konferenz in der «*Frankfurter Allgemeinen*» schloss Rühle: «Da Brecht und Piscator hier wieder nebeneinander kamen, werden wir uns umgewöhnen müssen, um von der umfassenden ‹Berliner Dramaturgie› zu sprechen, die beide als eine epische Zustände brachten, wie wir ja von einer ‹Weimarer Dramaturgie› schon lange reden.» Es kann hier nicht die Aufgabe sein, das Gemeinsame und das Trennende dieser «*Berliner Dramaturgie*» zu analysieren, doch sei zumindest an einige biographische Tatsachen erinnert. Brecht kam im Herbst 1927, also vor der Uraufführung seiner «*Dreigroschenoper*» (August 1928) zum dramaturgischen Kollektiv der 1. Piscator-Bühne (Theater am Nollendorfplatz) und arbeitete dort an den Bearbeitungen von «*Rasputin*», «*Schweyck*» und «*Konjunktur*» mit. Es lässt sich nun leicht nachweisen – ist aber bisher zu wenig geleistet –, dass die Basis von Brechts Theatertheorie, bei allen schon in den Ansätzen bestehenden Unterschieden, in dieser Zeit der Zusammenarbeit mit Piscator gelegt wurde, ja dass Brecht seine eigene Theorie überhaupt erst nach dieser Zusammenarbeit entwickelte.

Wie sehr Brecht sich dieser gemeinsamen Basis, trotz bestehender Unterschiede, offensichtlich genau bewusst blieb, lässt sich nach dem Krieg feststellen. Hier war es Brecht, der mehrmals versuchte, Piscator zu einem gemeinsamen Kampf auf zwei Ebenen nach Berlin zu holen. So schreibt er ihm im Februar 1947, als beide noch im amerikanischen Exil leben: «Ich würde gerne wissen, wie Du über Theatermachen in Berlin denkst ... Meine Idee ist nicht, dass wir gemeinsam ein Theater aufmachen sollen. Man müsste zunächst von zwei Punk-

ten aus arbeiten.» Und später: «Für einen Teil meiner Arbeit für das Theater muss ich auch einen ganz bestimmten Darstellungsstil entwickeln, der sich von dem Deinen unterscheidet. Das ist der ganze Vorbehalt, und es scheint mir ein produktiver.» Von Zürich aus, wo Brecht im November 1947 eintraf, versuchte er ihn als Regisseur für das unter der Leitung seiner Frau Helene Weigel stehende «Berliner Ensemble» (damals noch zu Gast am Deutschen Theater) zu gewinnen: «Wir könnten nicht besser anfangen als mit Deiner Inszenierung.» Er hat sich offenbar auch in Zürich für Piscator eingesetzt, wo er die Möglichkeit besprach, ihm fürs erste eine Inszenierung am Schauspielhaus zu vermitteln, damit er einen Anlass hätte, Amerika zu verlassen. Dazu kam es nicht mehr. Piscator kehrte erst 1951 zurück und notierte 1953: «Brecht hat alles abgegrast. Wie lässt sich Ähnlichkeit vermeiden?» (Die zitierten Briefe sind bisher nicht publiziert; sie wurden in die Ausstellung aufgenommen.)

Soviel zu den Voraussetzungen der «Berliner Dramaturgie». Sie zu erhellern, müsste einerseits bedeuten, Brechts Schriften auf ihre Abhängigkeit von Piscator zu untersuchen, anderseits Piscators «*Schriften*», vor allem den zweiten Band mit bisher nur verstreut zugänglichem Material, gründlich zu prüfen. Denn «*Das politische Theater*» bleibt weitgehend ein historisches Dokument, und für dieses Buch gilt Piscators eigene Feststellung: «Wirklich: es gab in jenen Tagen anderes zu tun, als sich um die Ausbildung einer Ästhetik zu bemühen.» (Aus dem eingangs zitierten Nachwort von 1966.)

Piscator verliess Berlin 1932, um bis 1936 in der Sowjetunion den Film

«*Der Aufstand der Fischer von St. Barbara*» nach einer Erzählung von Anna Seghers zu drehen. Der Film konnte (wenn auch in offensichtlich stark lädierten Kopien) während der Konferenz vorgeführt werden. Er zeigte eine vorzügliche Beherrschung des neuen Metiers, und man kann nur bedauern, dass Piscator nie mehr ein Filmangebot erhielt. Es scheint, dass seine Art, Theater zu machen, dem Film sehr entgegenkam, ähnlich wie bei Leopold Lindtberg, der in seinen ersten Berliner Jahren ebenfalls zu den Mitarbeitern Piscators gehörte und dort seine ersten Berliner Inszenierungen machen konnte, und der bekanntlich in der Schweiz zu einem hervorragenden Filmregisseur wurde.

1938 konnte Piscator mit Mühe noch von Paris aus nach Amerika einwandern. Er wurde dort Leiter des *Dramatic Workshop* an der *New School for Social Research* in New York, einer umfassenden Theaterschule, die auch Kurse für Stückeschreiber abhielt. Zu den Schülern zählten neben vielen andern Tennessee Williams, Arthur Miller, Marlon Brando und die beiden späteren Leiter des «*Living Theatre*», Julian Beck und Judith Malina. Letztere hat immer wieder bestätigt, wie gross der Einfluss Piscators auf ihre Art, Theater zu realisieren, gewesen sei³. Piscator hatte bald noch zwei der Schule angegeschlossene Bühnen zu leiten, wo er neben der eigenen Inszenierungstätigkeit zahlreiche Schüler-Inszenierungen überwachte. Über diesen Abschnitt konnte Jürgen Stein ausführlich berichten, der zur Zeit den an die *Southern Illinois University* gelangten Nachlass aus Amerika katalogisiert und an einer Dissertation über Piscators Amerika-

Aufenthalt arbeitet. Stein sah zusammenfassend in dieser Zeit «eine äusserst intensive zehnjährige Tätigkeit für Piscator, die kommerziell gesehen weniger erfolgreich, künstlerisch gesehen voller Missverständnisse, pädagogisch gesehen jedoch ausserordentlich erfolgreich war.» Man kann vielleicht zwei Hauptwirkungen festhalten: Piscator vermittelte Amerika neue Formen des europäischen Theaters durch eigene und durch von ihm angeregte Schüler-Inszenierungen (was sich unter anderem bei den frühen Fassungen von Tennessee Williams «Glasmenagerie» zeigt), und er wurde durch seine Tätigkeit an den von ihm geleiteten Theatern zum Anreger wenn nicht gar zum Gründer des nichtkommerziellen Theaters, das sich vom Broadway-System löst – des Off-Broadways in seinen Anfängen.

Wie wenig man sich in Deutschland um diese Zeit von Piscators Tätigkeit gekümmert hat, zeigt allein schon die Tatsache, dass das Buch seiner Frau Maria Ley-Piscator, «The Piscator Experiment»⁴, das zumindest eine erste Orientierung ermöglichen würde, bisher noch keinen deutschen Verleger gefunden hat. – Stein wies schliesslich in einem forschungsgeschichtlichen Überblick darauf hin, dass von bald zwanzig Dissertationen über Piscator sich fast alle ausschliesslich mit den zwanziger Jahren befassen, und dass beispielsweise über Piscators politische Vorstellungen kaum eine nennenswerte Untersuchung vorliegt.

Sehr gross waren Piscators Schwierigkeiten, in Deutschland wieder Fuss zu fassen, als er 1951, vor den McCarthy-Verhören fliehend, wieder nach Europa zurück kam. Teilweise lässt sich dies allerdings aus den Spielplanangeboten jener Jahre verstehen. Im Vor-

dergrund stand das lyrische Theater von Eliot und Fry, das spielerisch-märchenhafte von Anouilh und Giraudoux. Und wenn Piscator dann in Hamburg Stücke wie «Virginia» von Hochwälter oder «Die Liebe der vier Obersten» von Ustinow (1952 in Zürich) inszeniert, so waren das wohl auch von seiten der Bühnenleiter eher Verlegenheitsangebote an den Zurückgekehrten. Wie weit aber etwa seine Büchner-Inszenierungen oder die «Hexenjagd» von Arthur Miller in den kleinen Städten, in denen sie zustande kamen, dem Nachwuchs nicht doch beispielgebend waren, das blieb ein leider zu kurz angeschnittenes Thema. Immerhin ist daran zu erinnern, dass Piscators Berliner Inszenierung des theatralisierten «Krieg und Frieden» (1955) zum Pariser «Théâtre des Nations» eingeladen wurde und dort in Theaterkreisen wie beim Publikum einen mindestens so grossen Eindruck hinterliess wie zuvor das «Berliner Ensemble» – nur fehlte ihm im Gegensatz zu Brecht die Möglichkeit der propagandistischen Auswertung.

Ihm gemäss Stoffe und Formen des Theaters fand Piscator eigentlich erst an der Volksbühne, deren Intendant er 1962 wurde, bei Hochhuth und Kipphardt, und sein Einsatz für die «Ermittlung» von Peter Weiss war von nicht zu unterschätzender Wirkung. Darauf kann hier nicht weiter eingegangen werden. Ebensowenig auf die Ausführungen zu Piscators Bühnentechnik von Hans-Ulrich Schmückle – seit der Aufführung von Boris Blachers Oper «Rosamunde Floris» (Städtische Oper Berlin, 1960) mehrmals sein Bühnenbildner –, der vor allem dies deutlich machte: «Niemals verwendete Piscator ein technisches

Mittel nur um seiner selbst willen, ohne dramaturgische Notwendigkeit!» Schmückle hob auch hervor, dass Piscator immer wieder neue Möglichkeiten der technischen Realisation suchte – während seine Epigonen noch immer die alten als neu verkündeten.

Besonders eindrucksvoll und für den späten Piscator aufschlussreich war der Diskussionsbeitrag von Peter Weiss, der zum Erstaunen mancher Kongressteilnehmer darauf hinwies, dass Piscator ihn mehrmals in Gespräche über die Christus-Figur gezogen habe, ja ihn geradezu zu einem Christus-Drama anregen wollte. «Christus» – ein «politisches Drama»? Wie Piscator dies sah, lässt sich nur vermuten, doch ergaben sich bereits in der Diskussion von diesem Ansatzpunkt aus manche aufschlussreiche Hinweise auf verschiedene

Formulierungen in den späten Schriften Erwin Piscators und auf die geistige Dimension, die seinem Theater innewohnte.

Christian Jauslin

¹ Erwin Piscator, Schriften. Bd. I, Das politische Theater, Bd. II, Aufsätze, Reden, Gespräche, Henschelverlag, Berlin 1968. – ² Günther Rühle, Theater für die Republik 1917–1933 im Spiegel der Kritik, S.-Fischer-Verlag, Frankfurt/M. 1967 – Friedrich Wolfgang Knellessen, Agitation auf der Bühne. Das politische Theater der Weimarer Republik. Verlag Lechte, Emsdetten 1970. – ³ Vergleiche u. a. The Living Theatre. Paradise Now. Ein Bericht von Erika Billeter, Benteli-Verlag, Bern 1968. – «Wie ein Leitmotiv zog sich der Name ‹Piscator› durch die Unterhaltung» (mit Judith Malina). – ⁴ Mary Ley-Piscator, The Piscator-Experiment. Heinemann, New York 1967.